

Medienmitteilung

15. Dezember 2022

Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz–EU

Verliert der Bundesrat den Fokus für die Hauptsache – den Erhalt des Erfolgsmodells Schweiz?

- Der **bilaterale Weg** bleibe die **vorteilhafteste Lösung** für die Schweiz, resümiert der Bundesrat im Bericht «Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz–EU».
- Für die EU verlangt dieser Weg eine «**institutionelle Annäherung**» der Schweiz. Die EU will also die politischen Rahmenbedingungen der Schweiz bestimmen – ungehindert von direktdemokratischen Prozessen.
- **autonomiesuisse** appelliert an die Entscheidungstragenden, sich nicht auf Nebenschauplätzen wie Lohnschutz und Unionsbürgerschaft zu verlieren, sondern **für die Hauptsache zu kämpfen**: den Erhalt des Erfolgsmodells Schweiz. Eine institutionelle Anbindung an die EU, welche die Volksrechte und die Souveränität der Schweiz tangiert, gefährdet unseren Wohlstand.
- Eine dynamische Übernahme von EU-Recht kann nur infrage kommen, wenn der Schweiz bei Volksentscheiden ein **fares Opting-out** offensteht und eine Streitschlichtung mit **unabhängigem Schiedsgericht** vorhanden ist.
- Der Bundesrat spricht von einer «partnerschaftlichen Beziehung» mit der EU. So wünschenswert diese ist, gilt es, den Fakten ins Auge zu blicken. Die **EU verhält sich derzeit wenig partnerschaftlich**. Sie verfolgt mit Nadelstichen und Forderungen eine Machtpolitik des Eigeninteresses.
- Die Schweiz sollte sich nicht unter Druck zu einem **Schnellschuss** hinreissen lassen, der sich als **Rückenschuss** herausstellen könnte. Als älteste Demokratie mit einer der ältesten Währungen hat sich die Schweiz **schon in vielen Krisen bewährt**, während der EU noch Feuerproben bevorstehen könnten.

Die Schweiz als Juniorpartnerin der EU?

Unabhängig davon, ob die Schweiz von einem «Rahmenabkommen» oder einer «Paketlösung» spricht: Die EU rückt seit Jahren nicht einen Millimeter von der festgefahrenen Position weg. Sie macht klar, dass sie nur dann zu weiteren Gesprächen bereit sei, wenn sich die Schweiz ihr «institutionell» annähere. Dies bedeutet, dass die Schweiz nicht nur automatisch EU-Recht übernehmen, sondern im Streitfall letztlich auch dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) unterstehen soll. Auf diese Forderungen einzugehen, scheint eines souveränen Staates «unwürdig», wie Gerhard Schwarz, der Präsident der Progress Foundation, in der «NZZ» kommentiert.

In seinem Bericht «Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz–EU» lässt der Bundesrat viel Verständnis gegenüber den Forderungen der EU erkennen. Den langfristigen Interessen der Schweiz räumt er vergleichsweise wenig Gewicht ein. So will er sich zwar bezüglich Lohnschutz und Unionsbürgerrichtlinie für sozialverträgliche Lösungen einsetzen, um die Gewerkschaften für seine Paketlösung zu gewinnen. Er bekundet aber wenig Berührungsängste, wenn es um die institutionelle Bindung an die EU geht.

Höchste Zeit, aus den Erfahrungen mit der EU zu lernen!

Wie beurteilt **autonomiesuisse** diese Punkte? Bezüglich einer dynamischen Übernahme von EU-Recht könnte die Schweiz der EU unter gewissen Voraussetzungen entgegenkommen. Zwingend ist ein faires Opting-out bei Volksentscheiden. «Vorläufige» Rechtsübernahmen, die von Schweizer Volksentscheiden und von der Bundesverfassung abweichen, kommen nicht infrage. Und sollte sich die Schweiz für andere Regeln als die vorgesehenen entscheiden, kann die EU – in Übereinstimmung mit WTO-Recht – nur materielle Ausgleichsmassnahmen verlangen. Diese müssten sich zudem auf den Bereich des jeweiligen Vertrags beschränken.

Ein «No-Go» ist für **autonomiesuisse** der EuGH als Schiedsgericht für die Streitlichtung. Darf eine Partei den Schiedsrichter stellen, führt dies den Begriff ad absurdum. Bei Uneinigkeiten braucht es eine unabhängige Instanz, welche die Spielregeln interpretiert. Dass die EU weiterhin auf eine Unterstellung unter den EuGH pocht, zeigt, dass sie die Schweiz bestenfalls als Juniorpartner

wahrnimmt. Die Schweiz sollte ihrerseits aus den bisherigen Erfahrungen mit der EU lernen: Beispiele wie der Ausschluss der Schweiz aus dem Forschungsprogramm Horizon Europe zeigen klar, dass die EU ihre Richtlinien ohne Skrupel und willkürlich auch zuungunsten der Schweiz auslegen kann.

Keine Paketlösung um jeden Preis

Aus Sicht der unabhängigen Schweizer Wirtschaft darf die Schweiz in diesen Punkten gegenüber der EU keinen Bückling machen. Es gibt keinen Grund für eine übereilte Aufnahme von Verhandlungen. Und sollte sich Brüssel stur stellen, bedeutet dies nicht eine Pattsituation. Als weltoffenes und innovatives Land in der Mitte Europas wird die Schweiz nicht plötzlich isoliert dastehen. Vielmehr könnte sie dann, ohne institutionelle Anbindung an die EU, das seit fünfzig Jahren bewährte Freihandelsabkommen modernisieren und ausbauen. Zumal die EU mehr in die Schweiz exportiert als die Schweiz in die EU, dürfte auch eine solche Lösung im Interesse beider Parteien sein.

Bevor allfällige Verhandlungen auf Vertrauensbasis beginnen können, braucht es von der EU klare partnerschaftliche Zeichen. Bis dahin haben sowohl die Schweiz wie auch die EU genügend andere Hausaufgaben zu erledigen.

autonomiesuisse – eine Initiative der Schweizer Wirtschaft

autonomiesuisse ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmern und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

autonomiesuisse zählt über 750 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann sich auf autonomiesuisse.ch/mitmachen einbringen.

Kontakt

Als Leitungsausschuss des Co-Präsidiums von **autonomiesuisse** stehen wir Ihnen gerne für Auskünfte rund um das Rahmenabkommen Schweiz-EU aus wirtschaftlicher und unternehmerischer Perspektive zur Verfügung.

Dr. Hans-Jörg Bertschi

+41 79 330 50 72

hans-joerg.bertschi@bertschi.com

Prof. em. Dr. Giorgio Behr

+41 79 430 44 21

giorgio@behr.ch

Dr. Alexandra Janssen

+41 79 725 95 26

alexandra.janssen@ecofin.ch

Dr. Hans-Peter Zehnder

+41 79 330 58 08

hans-peter.zehnder@zehndergroup.com

Social Media

